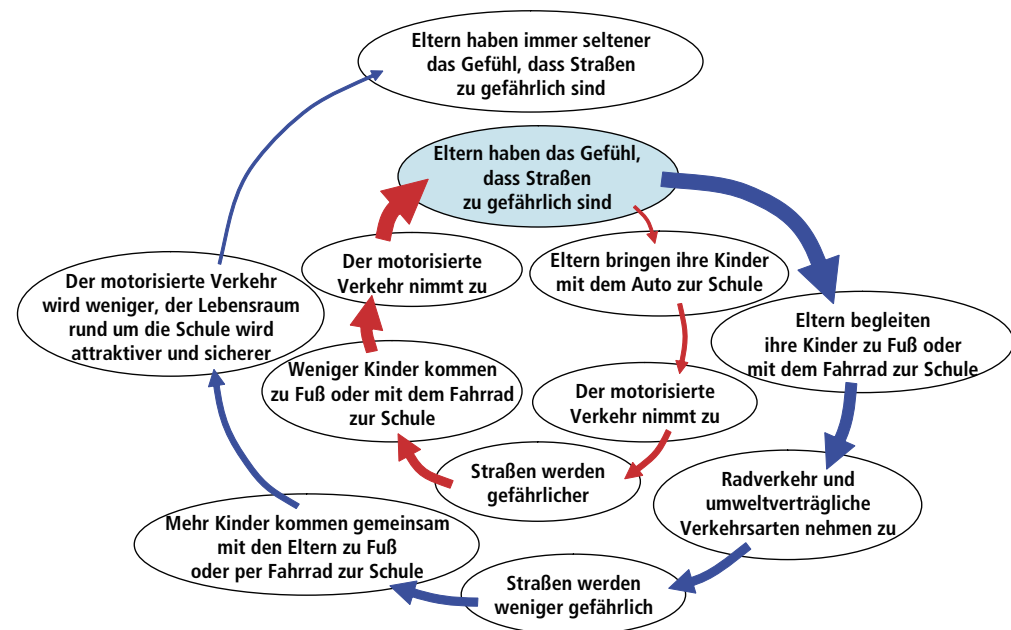


„Taxi-Mama und Taxi-Papa“ Teufelskreis durchbrechen: Eskalation/De-Eskalation



Graphik nach Dir. K. Utner, E. Hornyik, E. List-Koberann, Volksschule Gainfarn und M. Zawieschitzky, Pol. Insp. Bad Vöslau

Überlegungen dieser Art sind es, die die PUK bewegen haben, dem Gemeinderat die Aktion „Walk4yourLife“ (Geh um Dein Leben) vorzuschlagen. Die Situation ist in Klosterneuburg

keineswegs besser als in Gainfarn/Bad Vöslau. **Zur Morgenstunde sind sämtliche Zufahrten zu Schulen knapp vor 8:00 Uhr durch Eltern-Taxis rettungslos verstopft.**

Eigentlich verdienen die völlig aus der Luft gegriffenen Anschuldigen der Grünen Klosterneuburgs gegen die PUK überhaupt keinen Raum. Offenbar glauben die Grünen – warm angekuschelt an die größte Gruppe der Umweltsünder, der ÖVP – mit Angriffen auf den politischen Wettbewerb punkten zu können. Sie vergessen allerdings, dass ökologische Wählerschichten durchaus in der Lage sind, Engagement von Mitschwimmern zu unterscheiden.

In Stichworten: die Behauptung im Blatt der BGU/Grünen, **wir seien verantwortlich** für den Bau des **Ersatzpendlerparkplatzes beim Bf Kierling**, die uns die zweifelhafte Ehre eingebracht hat, auf Seite 1 zu landen (– Danke s.g. Medieninhaber!) ist absurd.

Dieser Parkplatz war trotz Einsprüchen seitens der Amtssachverständigen für Naturschutz des Landes NÖ **bereits mit den Einreichplänen zur Umfahrung genehmigt** worden! Nur ein Votum des Gemeinderats wäre in der Lage gewesen, den Bau zu verhindern.

Die PUK hat in keiner Weise auf die ÖBB eingewirkt, das Parkdeck beim Kierlinger Bf nicht zu bauen, vielmehr ist diese **Entscheidung ÖBB-intern** nach einer sorgfältigen Erhebung über die Nutzung des Pendlerparkplatzes Kierlinger Bf gefallen. Es wäre natürlich wunderschön, hätte die PUK tatsächlich den ach so gewaltigen Einfluss auf die ÖBB, durch unsere Aktivitäten eine Veränderung der Strategien der Bahn zu bewirken – wir würden diesen Einfluss sicher nutzen!

Wir haben **im Verkehrsausschuss** (22.11.06) und durch einen **Antrag im Gemeinderat** am 15.12.06 (<http://www.unser-klosterneuburg.org/gemeinderat/arbeit06/> siehe Antrag 19), vorgeschlagen, **statt** des Baus des Ersatz-Pendler-Parkplatzes **subventionierte**

Abstellplätze im Parkdeck Hundskehle zu finanzieren, um den Bau des Ersatzpendlerparkplatzes zu verhindern. Bei der Entscheidung im Verkehrsausschuss konnte sich der grüne Vertreter zu einer Enthaltung (!) durchringen. Alle anderen Fraktionen stimmten **für** die Errichtung des uns in die Schuhe geschobenen Ersatz-Pendler-Parkplatzes. Im Gemeinderat wurde unser Antrag von den üblichen Straßenbaufanatikern abgelehnt.

Wir befürworten massiv die Errichtung **dezentraler Pendlerparkflächen** mit geeigneter Linienführung des öffentlichen Verkehrs. Die ungünstige Erreichbarkeit des Kierlinger P&R-Platzes ist ja hinlänglich bekannt.

Ein **weiterer Punkt**, der eine Replik verdient, ist die aus dem Kontext gerissene Darstellung, die **PUK sei „sogar“ gegen die wertmäßige Erfassung gemeindeeigener Immobilien** zur Ermöglichung von Kreditaufnahmen.

Diese Erhebung kostet die Kleinigkeit von knapp **über € 200.000,-** (voraussichtlich „stranded costs“).

Die PUK hat wiederholt die **Einführung einer kostenstellenorientierten Ergänzungsrechnung** zum Maria-Theresianischen kameralistischen Rechnungswesen gefordert, wo diese Erhebung Sinn machen würde, was aber auch von Grün abgelehnt wurde.

Kreditfinanzierte Übertragung der Gemeinde-Immobilien in eine eigene Gesellschaft macht nur Sinn, wenn man genau weiß, **was man mit dem Geld machen will**. Dafür ist aber keinerlei Konzept vorhanden. Aus unserer Sicht wäre die Einführung von Fernwärme ein Kandidat... Es wird das Pferd wieder von der falschen Seite aufgezäumt.

<http://www.unser-klosterneuburg.org/gemeinderat/arbeit07/7-DA-Walk4yourLife.pdf>

Das wichtige **soziale Element des gemeinsamen Schulweges** mit SchulkameradInnen fällt flach, dazu auch ein **Bewegungselement**, das als Vorbeugemaßnahme gegen Fettleibigkeit und Herz- und Kreislaufbeschwerden gar nicht überbewertet werden kann.

Wir regen an, Kinder nur bis maximal 1000 Schritte (etwa 500 Meter) vor das Schultor zu bringen, und die Kinder das letzte Stück zu Fuß zurücklegen zu lassen.

Die PUK hat vorgeschlagen, dass neben einer Begleitinformation für Eltern und SchülerInnen jedem im Gemeindegebiet ansässigen Schulkind ein **Pedometer (Schrittzähler) als Incentive** geschenkt wird, der an diesen täglichen kleinen Fußmarsch erinnern soll.

Obwohl bei Bestellung von ca. 3000 Stück der Stückpreis der zundholzschachtelgroßen Geräte bei 50 Cent liegt, wurde der Antrag von schwarz/grün/blau abgelehnt. Schade um die ungenutzte Chance!

Dass einige Wienerwald-Verkehrsspar-Gemeinden ganz ähnliche Projekte (z.B. „Gehen Geht“, oder „Grüne-Meilen-Sammeln“) auf die Beine gestellt haben, übersieht die kurzsichtige („Not-Invented-Here-Syndrom“) Haltung von schwarz-grün.

Wir müssen endlich lernen, nicht nur auf Pump = auf Kosten künftiger Generationen zu leben.

Neuer Stil ist also: die PUK ist Schuld, dass keine Legalisierung von Graffiti-Flächen erzielt werden konnte, weil sie sich dafür eingesetzt hat. Die PUK ist schuld am Bau eines Parkplatzes, weil wir uns dagegen aussprechen. Sie wird Schuld sein, wenn nicht weiter auf Pump gelebt werden kann. Demnächst sind wir Schuld an der Vereisung der Polkappen, oder – zeitgemäßer – an deren baldigem Abschmelzen, weil wir für Klimaschutz eintreten.

All das wird nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grünen Klosterneuburg ihre machtpolitischen Ansprüche weit über ein ökologisches Wertesystem stellen.



PUK-NEWS

Plattform Unser Klosterneuburg

Schwarz-grüne Politik bedroht Lebensqualität und Umwelt

Was uns in Klosterneuburg außer weniger Vogelgezwitscher noch blüht: Durch den Bau der Umfahrung verschlechtert sich die Situation für das innerstädtische

Geschäftsleben und für die Naherholung. Maßnahmen gegen die Feinstaubbelastung werden auf die lange Bank geschoben.

Geschäftsleben – weitere Verschlechterung droht!

platz verodet. Wir lehnen diese Weichenstellung einer fehlorientierten Raumordnung ab!

Verfehlte Verkehrspolitik!

Für das ohnehin nicht sehr reichhaltige Geschäftsleben am Stadtplatz, Rathausplatz und beim Weidlinger Bahnhof **droht massive Konkurrenz** – die „Zentrumszone“ **Schüttau (unser Gewerbegebiet)!**

Im Widerspruch zur Absicht des Gesetzgebers, den **Ausbau von Verkaufsflächen nur in gewachsenen Zentren** zu ermöglichen, wird das Gewerbegebiet Schüttau zur „Zentrumszone“ stilisiert. Damit wird das Modell Schlafstadt, in dem ohne Auto nichts mehr geht, endgültig besiegt. **Die weitere Entleerung und Entwertung der gewachsenen Zentren beschleunigt sich damit!** Nicht der stinkende, qualmende, lärmende Autoverkehr beeinträchtigt das Geschäftsleben am Stadtplatz, nein, **die Politik der derzeitigen schwarz-grünen Machtallianz bedroht das Geschäftsleben.** Die Umfahrung wurde ja angeblich auch deshalb gebaut, um die Einkaufsqualität am Stadtplatz zu heben! Die Umfahrung wird fertig sein und alles fährt in die Schüttau einkaufen! Der Stadt-

Eine Verkehrspolitik, die auf den motorisierten Individualverkehr setzt und dafür bereit ist, das Naherholungsgebiet zu opfern, widerspricht den grundlegenden Lebensinteressen aller.

Die **Kosten dieser Politik sind unermesslich:** Der **Raumverbrauch** ist verantwortungslos. Straßenbreiten orientieren sich am Spitzenbedarf. Für den Autoverkehr zerstören unsere Kommunalpolitiker mit Duldung der Grünen Mandatäre fast zur Gänze unser **stadtnahes Erholungsgebiet. Schadstoffe und Lärm** belasten unsere Gesundheit. Die Planung von „Martinstunnel“ und „Donaubrücke“ kann in Hinblick auf die



Klimaproblematik nur mehr als **Realitätsverweigerung** betrachtet werden. **Verkehrspolitik ist weiterhin primär Autoverkehrspolitik.** Trotz der schwarz-grünen Koalition ist das Verhältnis von Ausgaben für den öffentlichen Verkehr zu Straßenausgaben auch für 2007 unverändert geblieben, und zwar zu Ungunsten des öffentl. Verkehrs mit 7:1!

Fortsetzung Seite 2

Tunnel und Brücke - Horrorvision Transitstrecken durch Gemeinde

Die PUK ortet **ungebrochenen Willen der Straßenplaner**, Klosterneuburg mit einem **Tunnel** zwischen der „Umfahrungsstraße“ und dem Kierlingtal (dem „Martinstunnel“), sowie einer **Donaubrücke** – neuerdings Standort Gewerbegebiet Schüttau – zu beglücken. Auch wenn ein Standort Schüttau in Bezug auf Naturverwüstung harmloser wäre als der ursprünglich anvisierte Standort bei der Rollfähre, würde er massiv Verkehr generieren, vor allem Durchzugsverkehr: Auch wenn man der „Brücke“ noch kleine Vorteile abgewinnen könnte, weil

dann der Schwerverkehr durch geeignete Fahrbeschränkungen von den Landes- und Gemeindestraßen ferngehalten werden kann, gehen diese kleinen Vorteile vollkommen verloren, wenn mit dem Tunnel ein nicht einschränkbarer **Durchfahrtskorridor** für Schwerverkehr eröffnet wird – eine Einladung an das Entwicklungsgebiet des Tullnerfeldes, unser Gemeindegebiet zu überrollen! Die innerstädtischen Betriebe würden massiv darunter leiden, dass die Geldbörsen noch leichter an ihnen vorbeigeführt werden können. Es ist zwar durchaus möglich, dass die

hinausmanövrierte Kaufkraft sich mit der in die Schüttau hereingeholten zusätzlichen Kaufkraft die Waage halten könnte, das trifft aber zweifellos **nur für Betriebe zu, die dort selbst angesiedelt** sind bzw. sein werden. Die Politik(er)müdigkeit der ÖsterreicherInnen darf nicht überraschen, wenn „Mitbestimmung“ als Information über vollendete Tatsachen verstanden wird. Wo bleibt ein **Gesamtmobilitätskonzept** für Klosterneuburg? Wo bleiben **offene Planungsprozesse** bei der Gestaltung des Gewerbegebiets oder der Altstadt kernzonen?

Großvolumige Wohnbauten: mehr Einwohner, mehr Verkehr!

Großvolumige Wohnbauten in Ortszonen mit Ein- oder Zweifamilienhäusern verschandeln nicht nur das Ortsbild. Durch die maximale Ausnutzung, auch der Dachgeschoßflächen, zum Teil mit fragwürdigen Auslegungen der Bauordnung, **wird auch die Einwohnerzahl pro Bauplatz wesentlich höher als vorgesehen** und damit **mehr Verkehr generiert!**

Bereits bei der Bürgerversammlung im Gasthof Trat, die auf Initiative von entnervten Bürgern am 16.3.07 zustande kam, hat die PUK die Forderung nach einer Bausperre (nach Vorbild einiger Gemeinden des Wr. Beckens) erhoben, bei gleichzeitigem bedauernden Hinweis auf

die Tatsache, dass bereits eingereichte Projekte dadurch natürlich nicht verhindert werden könnten.

Endlich reagiert – obwohl die Entwicklung längst vorhersehbar war – auch die Stadtpolitik: in der Gemeinderatssitzung vom 27. April 07 wurde mit den Stimmen aller Fraktionen eine **befristete Bausperre** verhängt (die natürlich nicht den kleinvolumigen Hausbau betrifft), mit dem Ziel, eine sinnvollere Festlegung der Bebauungsbestimmungen vorzunehmen.

Auch bei der GR-Sitzung von 3.3. forderte Lisa Pröglhöf: „Seit 10-15 Jahren weiß man um die Bausituation Bescheid. Wieso hat z.B. Baden

eine Bausperre? Der Bebauungsplan sei ein **politisches Instrument der Gemeinde**. Man hätte **längst selbst die Möglichkeit gehabt, mittels einer Bausperre einzugreifen!**“

Wir setzen die **Priorität bei Wohn- und Lebensqualität**. Das Ziel der Raumordnung, 35000 Einwohner in Klosterneuburg nicht zu überschreiten, kann bei Erhöhung der Bewohnerdichte nicht erreicht werden.

Großheuriger mit 400 Sitzplätzen?

Braucht Klosterneuburg wirklich derartige Betriebe mitten in den Buchberg-Weingärten?



Fortsetzung von Seite 1

Fernwärme – Beitrag zum Klimaschutz!

Laut Arbeiterkammer ist es wesentlich günstiger für Österreich, **Klimaschutzinvestitionen im eigenen Land vorzunehmen**, statt durch Strafzahlung („Zertifikate“) Buße zu tun. Fernwärme in Klosterneuburg – vorerst im Gewerbegebiet und in urbanen Bereichen – zu installieren wäre dafür genau das Richtige. Es gibt dafür unzählige Förderungen. Damit könnten erreicht werden:

- **Verbesserung der Luftgüte- und Klimasituation** in Bezug auf Feinstaub-

und CO₂-Produktion in Klosterneuburg. Lokale Wälder und Klärschlamm könnten den Brennstoff liefern.

- Schaffung eines „**Betriebs mit marktbestimmter Tätigkeit**“ oder eines PPP-Modells, das in der Lage ist, **Erträge** zu erwirtschaften und einen Beitrag zur **Sanierung der maroden Gemeindefinanzen** zu leisten.
- Schaffung eines für Privathaushalte bzw. Hausbesitzer attraktiven Modells, das den Umstieg auf Fernwärme attraktiv macht, und das Erneuern nicht mehr zeitgerechter Heizungen erspart.

Die PUK hat bereits vorigen Herbst einen Antrag im Gemeinderat eingebracht, Fernwärme in Klosterneuburg stark zu forcieren (<http://unser-klosterneuburg.org/gemeinderat/arbeit06/> siehe Antrag 10). Zuständigkeiten für ein solches Thema verteilen sich auf mehrere Ausschüsse (Stadtplanung und Entwicklung, Wirtschaft und Städtische Betriebe, Wohnbau und Liegenschaften, Umweltschutz). Wir haben angeregt, ein **Projektplanungsteam** einzurichten. Was aber macht die Stadtgemeinde: sie weist die Materie dem kompetenzlosen Klimabündnisarbeitskreis (siehe http://www.unser-klosterneuburg.org/archiv/presseinformationen/replik_wimmer_zu_der_im_gleichen_Atemzug_mundtot_gemacht_wird).

Und dabei werden selbst in NÖ bereits 15% des Wärmebedarfs durch Fernwärme abgedeckt. Das Wort „spruchreif“ hat für die Gemeindepolitiker der VP/Grünen offenbar versteckte Bedeutungen, die uns einfachen Gemütern entgehen.

Ökostrom ist in

Angesichts der zögerlichen Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen seitens der Bundesregierung können - ja müssen - Sie selbst ein Signal setzen, dass Sie die Nutzung von erneuerbarer Energie fördern wollen (<http://unser-klosterneuburg.org/archiv/aktivitaeten/pukenergie/>).

Zeit zum **Umsteigen auf einen Ökostrom-Anbieter!** Vollziehen Sie damit Ihren persönlichen Atomstrom-Ausstieg.

Graffiti werden in Klosterneuburg vorerst weiterhin illegal bleiben. Ein Antrag der PUK auf Legalisierung auf ausgesuchten Flächen wurde nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Verkehrsparkkongress

150 Besucher am 25.4.2007 in Bad Vöslau! <http://www.vspar.at/www/modules.php?name=News&file=article&sid=164>

Luftqualität weiter ein Thema!

In diesem Jahr hat der Winter Gnade vor Recht ergehen lassen. Aber die **Ursachen für die Belastung der Luft bestehen weiter**. Als Pioniertat für NÖ priesen die Grünen in den Medien das vor einem Jahr im Gemeinderat beschlossene Feinstaubmaßnahmenpaket, bei dem jedoch konkrete Umsetzungsschritte und die finanzielle Bedeckung fehlten. Die damalige Kritik der PUK, das dies reiner Populismus der Grünen war, hat sich voll bestätigt. **Umsetzungsgrad = Null.**

Unsere Luftgütesituation wird zwar durch den Großraum Wien mitbedingt, wir tragen aber auch zu ihrer Verschlechterung bei. **Damit drücken wir uns vor dem Tragen unseres Teils einer kollektiven Verantwortung.**

Innerstädtische Radwege überfällig



Es liegt seit Jahren ein „**Radverkehrskonzept Klosterneuburg**“ des Instituts f. Verkehrswesen der Universität f. Bodenkultur von 2001 vor (Prof. DI Dr. Michael Meschik), das im Auftrag der Stadtgemeinde Klosterneuburg erarbeitet wurde, vom dem bis jetzt fast nichts umgesetzt wurde. Es gibt damit detaillierte Pläne von Routenführung, Streckenquerschnitten usw., die eine **Erschließung ganz Klosterneuburgs mit einem vernünftigen Radwegenetz** ermöglichen würden. Geringe Anpassungen sind vorzunehmen, weil der zwischenzeitliche Bau

der Umfahrung einige Randbedingungen verändert hat.

Thema ist hier also **nicht die touristisch und sportlich begründbare Gestaltung des „Donauradweges“**, die für Alltagsradverkehr

nur eine marginale Bedeutung hat, auch wenn darum mehr „politisches Getöse“ veranstaltet wird. Der **innerstädtische Fahrradverkehr** kann einen **Teil der Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung** – vor allem in den Tal-Lagen – erfüllen, und damit zu einer Entlastung der Straße und einer Verbesserung der Luftqualität beitragen.

Um Prof. Meschik direkt zu zitieren: „Aufgabe des Verkehrswesens ist es, die Erreichbarkeit von Orten zu gewährleisten, damit die fünf Daseinsfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Bilden, Versorgen, Erholen) ausgeübt werden können. Dies soll gleichberechtigt für alle Menschen gelten, egal über welches Verkehrsmittel sie verfügen.

Kurze Wege, die mit dem Fahrrad oder zu Fuß durchgeführt werden, sind wesentlich ressourcenschonender und umweltschonender als Wege, die selbst mit dem umweltschonendsten Kfz zurückgelegt werden. (... Zentral sind:) die Themenbereiche Fahrzeugverfügbarkeit, Platzbedarf, volkswirtschaftliche Kosten, Gesundheit, Umwelt und Klima.“



Die PUK sieht folgende Prioritäten für den stufenweisen, aber zügigen Ausbau des Radwegenetzes:

1. Alle **Haupttäler** durchgängig befahrbar: Kierlingtal, Weidlingtal (bis Gugging bzw. Weidlingbach)
2. Alle **Bahnhöfe** erreichbar, ohne gefährlicher Kreuzung von Hauptverkehrsstraßen
3. Damit auch Anbindung des **Naherholungsgebietes** und des **Gewerbegebietes**
4. Gesicherte Strecken zu **allen Schulen**, aber vor allem dem **Gymnasium**
5. **Querverbindungen** von/zur oberen Stadt zu Bahnhöfen und zu Haupttälern

6. Erschließung des oberen **Martinsviertels** entlang der Landesstraße nach Kitzendorf
7. **Anbindung an den Donauradweg** (Strecken nach Wien und Tulln)

Dafür steht eine Palette von

- Gestaltungsmöglichkeiten offen:
- Mehrzweckstreifen
 - Anbindung und Nutzung der Bachbetten des Weidling- bzw. Kierlingbaches
 - Fahren gegen die Einbahn – Erklärung von Straßen zu „Wohnstraßen“, die dies erlauben!
 - Eigene Radrouten entlang des Weidling- und Kierlingbaches

- Eigene Radfahrstreifen
- Kombinierte Fuß- und Radwege
- Orientierungs- und Beschilderungssystem
- Bodenmarkierungen zur Erhöhung der Sicherheit bei notwendigen Querungen

Die Kosten dieser Maßnahmen betragen, wenn nicht schon wieder nach Mammutlösungen gesucht wird, einen Bruchteil dessen, was alljährlich für Erhaltung, Neubau und Pflege von Gemeindestraßen ausgegeben wird.

Sobald ein gutes Radwegenetz verfügbar ist, wird es auch in Anspruch genommen werden, wie unzählige Beispiele anderer Städte zeigen.